

## Information nach Art. 13 DSGVO

### Info Mitarbeiterin<sup>\*</sup>

Identitäts- und Kontaktdaten

Die Verantwortliche

St. Nikolausstiftung Erzdiözese Wien

Stephansplatz 6/2/3

1010 Wien Österreich

E office@nikolausstiftung.at

T +43 1 51552-3838

## Datenverarbeitung

Kennung VA\_001\_Personalverwaltung

Zweck der Datenverarbeitung: Personalverwaltung

Die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

- Art. 6 (1)(a): Einwilligung der Betroffenen
- Art. 6 (1)(b): Verarbeitung erforderlich zur Erfüllung eines Vertrags mit dem Betroffenen
- Art. 6 (1)(b): Verarbeitung erforderlich zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen auf Antrag des Betroffenen
- Art. 6(1)(f): Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses des Verantwortlichen
- Art. 6(1)(f): Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses eines Dritten

Datentransfer mit Behörde: Gratiskindergarten-Förderung; Gesundheitsdaten (Impfpässe);

Allgemeine Löschfristen: 30 Jahre

Enthält die Datenverarbeitung automatisierte Entscheidungen: Nein

**Mitarbeiterin**

Datenkategorien	Die Angabe der Daten ist für die Betroffene verpflichtend, weil	Welche Folgen treten ein, wenn die Betroffene die Daten nicht angibt?
Besondere Vollmachten an Dienstgeberin (DG)		
Religionsbekenntnis	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Wir sind eine kirchliche Stiftung, die Information über die Religionszugehörigkeit ist wichtig, eine bestimmte Religion ist jedoch KEINE Anstellungsvoraussetzung!
Identifikationsdaten (Name, früherer Name, Geburtsdatum, -ort, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Reisedokument, Aufenthaltsberechtigung, Wohnsitz/Anschrift, Sozialvers.Nr., gesetzliche VertreterInnen, SachwalterInnen)	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Es kann kein Dienstvertrag abgeschlossen werden. Es gibt gesetzliche Vorschriften, welche Daten vorhanden sein müssen.
Familienstand und Kinder nach Angabe der Betroffenen (Name, Sozialvers.Nr., Anschrift des Partners und der Kinder)		
Dienstliche Kommunikationsdaten (Personalnummer, Rolle als Ansprechperson nach außen, Telefonnummer, E-Mail, Stellung im Unternehmen)	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Dienstplichtverletzung
Private Kommunikationsdaten	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Keine
Ausbildungs- und Weiterbildungsdaten, Erfüllung der Beschäftigungsvoraussetzungen, Sicherheits- und Verlässlichkeitsüberprüfung	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Teilweise zum Abschluss erforderlich, teilweise eine Dienstplicht
Art der Verwendung und Zugehörigkeit zu Teilbereichen der Organisation		

Stand 08/2018

Verwendungsbeschränkungen einschließlich Grad der Behinderung	Freiwillig	
Besondere Vollmachten an Dienstgeberin und Vertretungsbefugnisse	Freiwillig	
Zutritts-/Zugangsberechtigung (Eintrittskarte)		
Daten zur Nebenbeschäftigung	Gesetzlich vorgeschrieben	Arbeitsrechtliche Konsequenzen bis hin zur Beendigung
Zur Verfügung gestellte Arbeitsmittel, Codes für Zutrittssysteme etc.		
Arbeitszeiterfassung	Gesetzlich vorgeschrieben	Übertragung der Verpflichtung gem. AZG (Zentrale – Gleitzeit – sonst Dienstplan)
Beurteilung der Arbeitsleistung		
Daten zur Entgeltberechnung		
Vorschüsse, Darlehen	Erforderlich für den Abschluss oder die Erfüllung eines Vertrages	Vertrag kann nicht zustande kommen
Gehaltspfändung		
Gesundheitsdaten	Teilweise verpflichtend nach EpidemieG, MschG	Fallweise Beschäftigung nur bei Nachweis der Immunität erlaubt
Gewerkschaftsbeiträge und andere Beiträge auf Ersuchen der Betroffenen		
Freiwillige Sozialleistungen		

Weiterverarbeitung der Daten aus dieser Datenverarbeitung beim Verantwortlichen für andere Zwecke

**Mitarbeiterin**

Datenkategorien	Werden die Daten in einer anderen Datenverarbeitung weiter verarbeitet?	Für welche Zwecke?	In welcher Datenverarbeitung?
Besondere Vollmachten an Dienstgeberin	Nein		
Religionsbekenntnis	Nein		
Identifikationsdaten (Name, früherer Name, Geburtsdatum, -ort, Geschlecht, Staatsbürgerschaft, Reisedokument, Aufenthaltsberechtigung, Wohnsitz/Anschrift, Sozialvers.Nr., gesetzliche VertreterInnen, SachwalterInnen)	Ja	Arbeitsorganisation, Benutzerverwaltung/ Zutrittskontrolle, Statistik, MitarbeiterInnen-Newsletter	
Familienstand und Kinder nach Angabe der Betroffenen (Name, Sozialvers.Nr., Anschrift des Partners und der Kinder)	Nein		
Dienstliche Kommunikationsdaten (Personalnummer, Rolle als Ansprechperson nach außen, Telefonnummer, E-Mail, Stellung im Unternehmen)	Ja	Arbeitsorganisation, Öffentlichkeitsarbeit, KundInnen- und Lieferantenverwaltung, Mobile Dienste, Benutzerkennzeichenverwaltung	
Private Kommunikationsdaten	Ja	Interne Mitarbeiter-Inneninformation (berechtigtes Interesse der Arbeitgeberin)	

Ausbildungs- und Weiterbildungsdaten, Erfüllung der Beschäftigungsvoraussetzungen, Sicherheits- und Verlässlichkeitsüberprüfung	Nein	
Art der Verwendung und Zugehörigkeit zu Teilbereichen der Organisation	Nein	
Verwendungsbeschränkungen einschließlich Grad der Behinderung	Ja	Arbeitsorganisation
Besondere Vollmachten an Dienstnehmerin und Vertretungsbefugnisse	Ja	KundInnenverwaltung, Lieferantenverwaltung
Zutritts-/Zugangsberechtigung (Eintrittskarte)	Nein	
Daten zur Nebenbeschäftigung	Nein	
Zur Verfügung gestellte Arbeitsmittel, auch Codes für Zutrittssysteme etc.	Nein	
Arbeitszeiterfassung	Ja	Arbeitsorganisation
Beurteilung der Arbeitsleistung	Nein	
Daten zur Entgeltberechnung	Nein	
Gesundheitsdaten	Ja	Arbeitsorganisation (allenfalls andere Diensterteilung)
Vorschüsse, Darlehen	Nein	
Gehaltspfändung	Nein	

Gewerkschaftsbeiträge und  
andere Beiträge auf                      Nein  
Ersuchen des Betroffenen

Freiwillige Sozialleistungen            Nein

#### Empfängerkategorien / Empfänger und Datenexport in Drittländer / An Internationale Organisationen

- Finanzbehörden zur Erfüllung der Steuer- und Abgabepflichten
- Sozialversicherungsträger
- Mitarbeitervorsorgekassen und Pensionskassen
- Gerichte zum Zweck der Rechtsdurchsetzung
- Außergerichtliche Streitschlichtungsstellen zur Rechtsdurchsetzung
- Gesetzliche Interessensvertretungen
- Gewillkürte oder gesetzliche Vertreter, Rechtsvertreter und dgl.
- Organe der betrieblichen Interessensvertretung (z.B. Betriebsrat, Vertrauenspersonen, ...) oder der Personalvertretung (im öffentlichen Bereich)
- GeschäftspartnerInnen, die an der Erfüllung eines Vertrags mit dem Betroffenen (z.B. auch in dessen Auftrag) mitwirken (z.B. Logistikunternehmen, Touristikunternehmen etc.)
- Arbeitsinspektion, Gewerbebehörde, Bundessozialamt etc. für Zwecke des Arbeitnehmerschutzes und verwandter Materien
- Banken, zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Sonstige Dritte (privater Bereich) aufgrund gesetzlicher Bestimmungen (z.B. unbeschränktes Einsichtsrecht in öffentliches Register)
- MA 10, MA 11
- Die Berater – Abwicklung Integrationsjahr
- Arbeitsmarktservice (soweit nach Arbeitsmarktservicegesetz oder z.B. Behinderten-einstellungsgesetz vorgesehen)
- Wirtschaftstreuhänder und ähnliche Institutionen für Zwecke des Auditing, der Zertifizierung und dgl.
- Bundesanstalt „Statistik Österreich“ aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen
- Sonstige Dritte (privater Bereich) mit Einwilligung der Betroffenen

- Sonstige Berater, Gutachter, Dolmetscher etc.
- Versicherer, einschließlich Haftpflichtversicherer zum Abschluss oder zur Erfüllung von Versicherungsverträgen
- Andere Behörden und öffentliche Stellen aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder Ermächtigungen (einschließlich österreichische Vertretungsbehörden im Ausland)

## Rechtsbelehrung

Falls Ihre Daten zur Gänze oder zum Teil aufgrund Ihrer Einwilligung verarbeitet werden, können Sie Ihre Einwilligung jederzeit und ohne Angabe von Gründen widerrufen. Dadurch ist die weitere Verarbeitung Ihrer Daten unzulässig; die Rechtmäßigkeit der aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt jedoch unberührt.

Jede Betroffene kann vom Verantwortlichen Auskunft über die über sie verarbeiteten Daten nach Art. 15 DSGVO verlangen, weiters die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO) und die Löschung unzulässig verarbeiteter Daten (Art. 17 DSGVO). Gegen eine Datenverarbeitung, die sich auf Art. 6 (1)(e) (Besorgung öffentlicher, insbesondere: behördlicher Aufgaben) oder auf Art. 6 (1)(f) (berechtigter Interessen eines Verantwortlichen oder eines Dritten des privaten Bereichs) stützt, kann eine Betroffene Widerspruch wegen Verletzung ihrer Datenschutzinteressen nach Art. 21 DSGVO erheben; dies gilt insbesondere für die Verwendung von Daten für Zwecke von Direktwerbung. Während der Dauer eines Rechtsstreits über eine Datenverarbeitung, kann die Betroffene ihr Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gegenüber der Verantwortlichen (Art. 18 DSGVO) geltend machen. Ein Recht auf Datenübertragbarkeit besteht im Umfang des Art. 20 DSGVO.

Für den Fall, dass die Verantwortliche einem Begehren einer Betroffenen nicht vollinhaltlich Rechnung trägt, steht der Betroffenen das Recht der Beschwerde an die Datenschutzbehörde [www.dsb.gv.at](http://www.dsb.gv.at) zu.

*\* Personalbezogene Bezeichnungen gelten unabhängig von der verwendeten sprachlichen Form stets für alle Geschlechter. Aufgrund der personellen Gegebenheiten in der St. Nikolausstiftung wird hier die weibliche Form verwendet.*